

Wirtschaftsdemokratie im Programmwurf der SP Schweiz

Der Entwurf für ein neues Parteiprogramm der SP Schweiz¹ hat den Mut, sich an der Vision einer anderen Ordnung als der bestehenden zu orientieren. Die Vision heisst Wirtschaftsdemokratie und gehört im Grunde zum Kanon aller bisherigen Programme der Partei. In unseren Zeiten der neoliberalen Globalisierung ist diese Vision aktueller denn je, aber wohl auch schwieriger denn je zu verwirklichen. Der von der SP-Geschäftsleitung überarbeitete Entwurf von Hans-Jürg Fehr müsste bei dem mehr Rechnung tragen: der Aktualität durch substanziellere Vorschläge, der schwierigen Umsetzung durch präzisere Analysen der europäischen und globalen Rahmenbedingungen. Noch ist die Diskussion innerhalb der Partei in vollem Gang. Ende August wird die Geschäftsleitung einen überarbeiteten Entwurf vorlegen, das letzte Wort hat der Parteitag vom 30./31. Oktober 2010 in Lausanne.

Wirtschaftsdemokratie als Konstante der SP-Geschichte

Wirtschaftsdemokratie ist der Sache nach der rote Faden, der sich durch alle Programme der SPS hindurch zieht. Schon bei ihrer Gründung 1888 hat die Partei sich ein »Grundsätzliches Programm« gegeben, das »die Organisation aller wirtschaftlichen Tätigkeit durch das Volk, die Verstaatlichung«, fordert, aber unter der Voraussetzung einer »rein demokratischen Staatsform«. Die Prinzipienklärung von 1904 spricht von einer »Gemeinwirtschaft auf demokratischer Grundlage«. Das Programm 1920 plädiert für ein »Rätesystem« als Organisationsform für die »wirkliche Selbstverwaltung des arbeitenden Volkes«. Das Programm 1935 wiederholt als Ziel die »Gemeinwirtschaft auf demokratischer

Willy Spieler

Willy Spieler, 1937. Publizist, langjähriger Redaktor der Zeitschrift »Neue Wege« und SP-Politiker. Jüngste Veröffentlichung (zusammen mit Stefan Howald und Ruedi Brassel): Für die Freiheit des Wortes. Neue Wege durch ein Jahrhundert im Spiegel der Zeitschrift des religiösen Sozialismus. Zürich, 2009.

Grundlage«. Angesichts des Faschismus kommt als neues Be gründungselement »die Rettung der Demokratie« hinzu, die »in ihrer konsequenten Weiterentwicklung von der politischen zur wirtschaftlichen und sozialen Demokratie« bestehe. Auch das Programm 1959 von Winterthur will die Genossenschaft als die »älteste

Form der Wirtschaftsdemokratie« fördern. Das Programm 1982 von Lugano spricht von der »Überwindung des Kapitalismus« und definiert diese als »Überführung der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel unter die gesellschaftliche Kontrolle, durch Demokratisierung der Wirtschaft«.

Der visionäre Kern dieser Programme ist nach wie vor unabgeglottet. Für den Entwurf folgt denn auch die Notwendigkeit einer »Demokratisierung der Wirtschaftsmacht« aus der Analyse, dass »vor allem die Grossunternehmen und Konzerne (...) gesellschaftliche Machtfaktoren« sind. »Internationale Konzerne entziehen sich einerseits zunehmend nationalstaatlichen Regulierungen, üben andererseits mit ihrer »Droh-macht« (Wegzug von Arbeitsplätzen und Steuern) Druck auf die Staaten aus und unterlaufen so deren demokratische Gesetzgebung.« (32)

Demokratisierung der Wirtschaft – aber wie?

Der Entwurf des neuen Parteiprogramms sieht die SP in der Tradition »einer internationalen Freiheitsbewegung« (13). Er besetzt den Grundwert der Freiheit von links. Gerade die »Wirtschaftsfreiheit« soll nicht länger »das Privileg jener sein, die über Produktionsmittel verfügen oder selbstständig Erwerbende sind. Vielmehr soll sie zu einem Wirtschaftsbürgerrecht der Arbeitenden fortentwickelt werden, damit diese an der Wirtschaftsfreiheit teilhaben und auf allen Ebenen eines Betriebs oder Unternehmens mitbestimmen können.« (13)

Service public

Der erste und für den Entwurf zentrale Bereich für »eine wirtschafts-demokratisierende Politik« ist der Service public (20). Die Aufzählung nennt Unternehmen »in den Bereichen Infrastruktur (Eisenbahn, Post, Stromwirtschaft), Kommunikation (Telekommunikation, Radio und Fernsehen) und Versicherungen (obligatorische Gebäude-, Unfall- und Krankenversicherung)« (21). Diese Unternehmen sind »entweder in gemeinschaftlichem Eigentum oder via Gesetze und Leistungsaufträge unter demokratischer Kontrolle« (21). Aber ist das schon Wirtschafts-demokratie? Der Entwurf begnügt sich leider mit der »demokratischen Kontrolle« durch den Staat, also »von oben«, und verlangt nicht auch die demokratische Kontrolle durch die im Service public Beschäftigten, also »von unten«.

Wirtschaftsdemokratisch organisiert ist der Service public aber erst, wenn nicht nur die Vorgaben des Staates auf demokratischem Weg zustande kommen, sondern wenn auch das hier beschäftigte Personal im



Rahmen dieser Vorgaben mitentscheiden kann. Die Verselbstständigung so grosser Unternehmen wie SBB oder Swisscom hat bislang nur zu einem neuartigen ›Staatskapitalismus‹ geführt; die neu gewonnene Autonomie wurde nach ›privatwirtschaftlichem‹ Muster auf neue Hierarchien übertragen, an eine partizipative Autonomie mit Mitbestimmungsrechten der Beschäftigten und allenfalls weiterer Stakeholder hat niemand gedacht. Dasselbe Trauerspiel beobachten wir in den Kantonen, die ihren Schulen, Universitäten und Spitälern ›von oben‹ eingesetzte Leitungen verpassen, statt der Mitbestimmung der Betroffenen Raum zu geben. Aber auch die Medien, die zum Service public gehören, könnten in der Masse zur demokratischen Kultur beitragen, als sie selber demokratisch verfasst wären. Um wirtschaftsdemokratisierend zu wirken, müsste der Staat mit dem guten Beispiel vorangehen und möglichst viel Unternehmensdemokratie in seinem eigenen Service public verwirklichen.

Genossenschaften als Gegenmodell zur AG

Ein wirtschaftsdemokratisches Potenzial ortet der Entwurf zu Recht bei den Genossenschaften, die als »Gegenmodell zur Aktiengesellschaft« und zur »Profitmaximierungs-Logik« dargestellt werden (21). Die programmatische Aussage in diesem Abschnitt beschränkt sich jedoch auf die unbestimmte Absichtserklärung: »Der genossenschaftliche Bereich der Volkswirtschaft ist ausbaufähig und prinzipiell geeignet, einen Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft zu liefern« (21). Was fehlt, sind Massnahmen, mit denen die SP das Genossenschaftswesen fördern will.

Warum nicht Dienstleistungen von existenzieller Bedeutung – etwa Krankenversicherungen, Pensionskassen, Telekommunikation – in Genossenschaften umwandeln, wie Hans Kissling vorschlägt? Auch die Swisscom könnte in eine Genossenschaft überführt werden, bei der die Mitglieder aus dem Grossteil der Schweizer Haushalte bestehen würden. Darüber hinaus schlägt Kissling für die Genossenschaften einen Förderartikel in der Bundesverfassung und die Befreiung von der Unternehmensbesteuerung vor (Kissling 2009). In diese Richtung sollte weiter gedacht werden.

Pensionskassengelder für den ökologischen Umbau der Wirtschaft

Nirgendwo geht die Mitbestimmung rechtlich so weit wie in den Stiftungsräten der Pensionskassen, und dennoch tragen sie wenig bis nichts zur Demokratisierung der Wirtschaft bei. »Es müssten also Mittel und Wege erst noch gefunden werden, um das Machtpotenzial der Arbeit-

nehmenden für eine wirtschaftsdemokratische Strategie fruchtbar machen zu können« (22), meint der Entwurf einigermaßen ratlos.

Es braucht eine Wirtschaftspolitik, die aufzeigt, wo anlagepolitisch und bei der Wahrnehmung der Stimmrechte Handlungsbedarf besteht. Ein wichtiger Aspekt ist sicher die Beschäftigungsstrategie, wenn es um ungerechtfertigte Entlassungen und Auslagerungen, unterbezahlte Frauennarbeit, Investitionsentscheide usw. geht. Zu definieren wäre aber auch eine ökologische Re-Industrialisierungspolitik. Diese Aufgabe haben nicht nur die Gewerkschaften verschlafen, auch in den Wirtschaftskonzepten der SP findet sich dazu so gut wie nichts.

Der Entwurf meint abschliessend, für eine »wirtschaftsdemokratische Strategie (...) könnten und sollten Pensionskassen zur Finanzierung öffentlicher Infrastrukturvorhaben herangezogen werden« (22). Warum nicht die angesparten Gelder der zweiten Säule ganz oder teilweise in den ökologischen Umbau der Wirtschaft einbringen und hier erst noch krisenresistent anlegen?² Ein Wirtschafts- und Sozialrat könnte die ökologische Re-Industrialisierung steuern, erneuerbare und dezentrale Energien, den öffentlichen Verkehr, grüne Technologien und Ökosanierungen fördern. Zwar erwähnt auch der Entwurf einen Wirtschafts- und Sozialrat »als zusätzliches Organ des Staates«. Aber es steht nichts über dessen Aufgaben darin; er soll nur gerade den eidgenössischen Räten beratend zur Seite stehen und »mit einem Antragsrecht ausgestattet« werden (34).

Die Mitbestimmung und Mitarbeitergesellschaft

Die Mitbestimmung ist gewiss »ein geeignetes Instrument zur Demokratisierung der Wirtschaft« (21). Der Entwurf lässt es jedoch bei dieser Feststellung bewenden. Was fehlt, ist ein Wort über die Funktionsweise der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, auf Betriebs- und Unternehmensebene. Wie kann sodann verhindert werden, dass die Mitbestimmung mehr der Systemintegration als der Systemveränderung dient? Die Basis sollte mit internen Initiativen und Referenden direktdemokratischen Einfluss auf die Entscheidungsgremien nehmen können und insbesondere materielle Forderungen zu Mindestlöhnen, Arbeitszeiten oder Sozialplänen sowie unternehmenspolitische Anträge bei Investitionen, Technologien, Umweltschutz usw. einbringen können.

Der Entwurf empfiehlt neben der Mitbestimmung die vom Prager Reformökonom Ota Šik entwickelte »Mitarbeitergesellschaft« (22). Zentral für dieses Modell ist die Neutralisierung des Kapitals. Sie entsteht durch eine gesetzlich festgelegte Quote an den Betriebsgewinnen, also peu à peu, ohne Enteignung des bestehenden Privatkapitals. Sobald das



neutralisierte Kapital eine Mehrheitsposition erreicht, wählt die Hauptversammlung der Beschäftigten den Aufsichtsrat, der für alle grundsätzlichen Entscheide zuständig ist (Investitionen, Gewinnbeteiligung, Fusionen usw.) und auch den geschäftsführenden Vorstand ernennt. Neben die immaterielle Partizipation durch das aktive und passive Wahlrecht tritt die materielle Partizipation in Form der Gewinnbeteiligung, die nebst den Tariflöhnen ausbezahlt wird³ (Scheunemann 2008).

Der Entwurf erweckt den Anschein, als könnten (paritätisch) mitbestimmte Unternehmen und Mitarbeitergesellschaft nebeneinander bestehen. Der Gesetzgeber müsste sich aber wohl für das eine oder das andere Modell entscheiden, es sei denn, er überliesse die Typenwahl den in Frage kommenden Unternehmen.

Wirtschaftsdemokratie und Markt

Zu wenig reflektiert wird das Verhältnis von Wirtschaftsdemokratie und (globalem) Markt. Stünden noch so demokratisch verfasste Unternehmen und Konzerne miteinander in einem harten Konkurrenzkampf, dann liefen auch sie Gefahr, sich nicht viel besser zu verhalten als ihre kapitalistischen Vorgänger. »Führt sich zum Beispiel eine demokratisch geführte Novartis mit Mitbestimmung auf Unternehmensebene auf dem Weltmarkt anders auf als eine nicht demokratisch geführte Novartis?«, hat der Grünepolitiker Thomas Heilmann unlängst gefragt (Heilmann 2009). Immerhin erwähnt der Entwurf eine »Mitbestimmung auf Branchenebene« (23). Soll also die heutige Konkurrenz von Firmen mit ähnlichem Produkteportfolio neuen Strukturen der Zusammenarbeit und Solidarität weichen? Die »Märkte« wären entsetzt, die verbliebenen Linken weit weniger.

Wie steht es sodann mit dem wirtschaftsdemokratischen Potenzial in der EU, der die Schweiz beitreten soll? Der Entwurf scheint zu übersehen, dass spätestens der Reformvertrag von Lissabon dem EU-Binnenmarkt eine neoliberale Ideologie verordnet hat, die mit Wirtschaftsdemokratie kaum vereinbar ist. Auch die zum Reformvertrag gehörende Charta der Grundrechte der Europäischen Union setzt der Wirtschaftsfreiheit (Art. 16) und dem Eigentumsrecht (Art. 17) keine sozialen Grenzen. Es gibt hier nicht einmal ein Recht auf Arbeit, schon gar nicht ein Recht aus Arbeit, das die Partizipationsrechte der Beschäftigten in ihren Betrieben und Unternehmen begründen würde. Um Wirtschaftsdemokratie zu ermöglichen, müsste sich die EU als Ganzes in diese Richtung bewegen. Warum nicht offen sagen, dass die SP Schweiz ihre Vision nur zusammen mit anderen linken Parteien in Europa verwirklichen kann?

Und wie liesse sich Wirtschaftsdemokratie auf globaler Ebene entwickeln? Auch im SP-Programmtext ist die Demokratisierung der Wirtschaft »im Zeitalter der Globalisierung« immer mehr eine transnationale Aufgabe. Er fordert einerseits »Mitbestimmung auf Unternehmensebene in multinationalen Konzernen«, andererseits »Umstellung von multinationalen Konzernen von Privateigentum auf Gemeineigentum« (23). Darüber, wann Mitbestimmung genügt, wann transnationale Sozialisierung erforderlich ist, sagt er aber ebenso wenig wie über die globalen Instanzen, die das eine wie das andere festlegen müssten.

Wirtschaftsdemokratie wird fast schon als Allheilmittel gegen die grössten Weltprobleme vom Hunger bis zum Klimawandel angepriesen. Dass Antworten auf solche Überlebensfragen nicht vom neoliberalen Kapitalismus zu erwarten sind, ist evident. Der SP-Entwurf beantwortet aber nicht die Frage, wie Demokratie in der globalen Wirtschaft funktionieren müsste, um diese Weltprobleme lösen zu können. Die Demokratisierung von internationalen »Gremien mit wirtschaftslenkenden Funktionen (WTO, IWF, Weltbank, ILO)« (23) ist das eine, wie man sich diese globale »Wirtschaftslenkung« vorstellen soll, das andere. Hier ist die Vision in einem zentralen Punkt nicht »geerdet«.

Was ist mit KMU, Care-Ökonomie und garantiertem Grundeinkommen?

Gravierend ist die Lücke, die der Entwurf durch das Ausserachtlassen der KMU hinterlässt. KMU stellen nicht nur die überwiegende Mehrheit der Betriebe, sondern bilden auch das Rückgrat der Wirtschaft in der Schweiz. Inwiefern Wirtschaftsdemokratie in diesem Bereich sinnvoll und möglich sein soll, bedürfte einer gesonderten Behandlung, zumal hier die Unternehmer/innen oft mit ihrem persönlichen Kapital haften und darüber hinaus mit eigener Arbeit beteiligt sind. Hans Kissling hat in seinem bereits erwähnten Artikel einen KMU-Fonds angeregt, dank dem Betriebe, die keine Nachfolge finden, aufgekauft und in Genossenschaften umgewandelt werden könnten. Das wäre ein Anfang!

Nicht hinterfragt wird die Gleichsetzung von Wirtschaftsdemokratie und Erwerbswirtschaftsdemokratie. Arbeit ist aber auch jede unentgeltliche Tätigkeit in der so genannten »Lebensweltwirtschaft«. Dazu gehören die Sorgearbeit in der Familie, vorab die Kinderbetreuung, die freiwillige Gemeinwohlarbeit in Vereinen, religiösen Gemeinschaften und politischen Parteien sowie weitere Aktivitäten zur Erhaltung von Gemeingütern der natürlichen Umwelt und der sozialen Mitwelt. Ein zeitgemässes Programm kann nicht darüber hinwegsehen, dass diese unbezahlte Ökonomie die eigentliche Grundlage der bezahlten Ökonomie



ist, ja dass die Care-Ökonomie ein Arbeitsvolumen aufweist, das grösser ist als dasjenige der so genannten Wirtschaft (Madörin 2007).

Wer in der ›Lebensweltwirtschaft‹ arbeitet, bleibt von der Wirtschaftsdemokratie ausgeschlossen, ist aber deshalb nicht weniger Wirtschaftsbürgerin oder Wirtschaftsbürger. In diesem Zusammenhang müsste das garantierte Grundeinkommen als weiteres Wirtschaftsbürgerrecht diskutiert werden. Wer keiner oder keiner finanziell ausreichenden Erwerbsarbeit nachgehen kann oder will und auch nicht über die Sozialversicherung – inklusive »allgemeine Erwerbsversicherung« (28) – ein soziales Existenzminimum erreicht, sollte nicht Sozialhilfe beanspruchen müssen, sondern ein Grundeinkommen erhalten. Das erfordert die Menschenwürde in einer Gesellschaft, die über alle Ressourcen für ein solches Grundeinkommen verfügt.

Die »Überwindung des Kapitalismus«?

Die SP-Geschäftsleitung hat dem ursprünglichen Text von Hans-Jürg Fehr noch ein Kapitel über eine vorsorgende Sozialpolitik (25ff.) hinzugefügt, deren Sinn es sein soll, die Menschen für den »Arbeitsmarkt« zu qualifizieren. Was als Notmassnahme akzeptiert werden könnte, wird durch das Versprechen überhöht, dass auf diese Weise »alle ein selbstbestimmtes und von Bevormundungen aller Art (sic!) emanzipiertes Leben führen können« (25). Hinterliess der visionäre Teil des SP-Programmwerfs eben noch den Eindruck, Selbstbestimmung und Emanzipation gebe es erst mit der »Überwindung des Kapitalismus« durch demokratische Lebens- und Wirtschaftsformen, so sollen jetzt die Bevormundungen schon ein Ende haben, wenn die Menschen sich dank staatlicher Hilfe für die kapitalistische Marktwirtschaft qualifizieren können. Dazu passt ein Satz wie: »Wer den Kapitalismus überwinden will, stellt sich nicht in Gegensatz zu denen, die ihn lediglich zähmen oder steuern wollen. Beides sind legitime Formen von sozialdemokratischer Politik. Es gibt hier kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch« (20). Wie der Abschnitt über die »vorsorgende Sozialpolitik« zeigt, sind das sehr wohl konkurrierende Programmkonzepte.

Warum plustert sich der Entwurf mit der verbalradikalen »Überwindung des Kapitalismus« auf, um dann doch wieder systembrave Konzessionen zu machen? Warum nicht sagen: Wir ringen dem Kapitalismus immer mehr Terrain ab, um soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und eben auch immer mehr Demokratie in der Wirtschaft zu verwirklichen? Gerade weil sich ein demokratischer Sozialismus als Prozess der Umgestaltung der Gesellschaft versteht, braucht es diese Alternative »Zähmung oder Überwindung« nicht. Aber vielleicht braucht es den

›demokratischen Sozialismus‹, dessen sich der Entwurf aber zu schämen scheint.

Anmerkungen

- 1 Siehe: SPS-Entwurf Parteiprogramm 2010. Die Zahlen in Klammern entsprechen den Seitenzahlen dieses Entwurfs.
- 2 So ein Vorschlag von Beat Ringger (www.denknetz-online.ch) und Oliver Fahrni (work 3.10.08).
- 3 Siehe Scheunemann 2008, ferner den Wikipedia-Artikel über Ota Sik: www.de.wikipedia.org/wiki/Ota_%C5%A0ik

Literatur

- Heilmann, Thomas (2009): Was verstehen wir unter Wirtschaftsdemokratie? Denknetz-Jahrbuch, Zürich
- Kissling, Hans (2009): Wir Eidgenossenschaftler. In: DAS MAGAZIN Nr. 45
- Madörin Mascha (2007): Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. In: Denknetz-Jahrbuch, Zürich
- Scheunemann, Egbert (2008): Ota Siks Humane Wirtschaftsdemokratie auf 5 Seiten. www.egbert-scheunemann.de
- SPS Entwurf Parteiprogramm 2010. http://www.sp-ps.ch/fileadmin/downloads/Medienkonferenzen/2010/100407_mk_parteiprogramm/100407_Entwurf_SP_Partieprogramm_d.pdf;